

Beitrag Courage zu Podiumsdiskussion „70 Jahre KPD-Verbot“

Rückblick – 1946: der 2. Weltkrieg war vorbei. Auf Initiative der KPD wurden überparteiliche Frauenausschüsse gegründet. 200.000 aktive Frauen einte eine große, drängende Aufgabe: Linderung der Not der Bevölkerung und demokratischer Wiederaufbau.

Begeistert hob Helli Knoll, führende Sozialdemokratin, hervor:

»... daß hier Frauen aus allen Bevölkerungsschichten und Frauen aller Weltanschauungen zusammenkommen ... Jeder kann des anderen Ansichten kennen- und vielleicht auch verstehen lernen. Dadurch werden viele Mißverständnisse überwunden und auch Gegensätze überbrückt.«¹

Die Kommunistin Luise Dickhut berichtete: *»Wir führten auch kulturelle Veranstaltungen und politische Treffen durch, in denen auch das Potsdamer Abkommen erläutert wurde. So hatten wir Gelegenheit, über die Ursachen von Kriegen und sozialer Ungerechtigkeit zu diskutieren, über Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus zu sprechen. Und was stellten wir fest? Je mehr wir über die gemeinsamen Probleme sprachen, umso näher kamen wir uns. Es entstanden aufrichtige Freundschaften.«*

Das war ein Dorn im Auge der Herrschenden bei der Wiederherstellung der Macht der deutschen Monopole, dem Aufbau bürgerlicher Parteien und der antikommunistischen Ausrichtung der Deutschlandpolitik der USA.

Bürgerliche Parteien, allen voran die SPD-Führung, bekämpften sie mit spalterischen Intrigen und Maßnahmen. Sie gipfelten 1948 in antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Dieselben Kräfte, die Vorbehalte verbreiteten von einer angeblichen „Vorherrschaft von Kommunistinnen“ in den Frauenausschüssen, drückten mit bürgerlichen Mehrheiten in den Ausschüssen den Ausschluss von Kommunistinnen durch. Das war das Ende dieser überparteilichen Frauenausschüsse.

Doch Courage nahm diesen Faden wieder auf und gründete sich 1991 als überparteilicher Frauenverband. Das passt den Herrschenden bis heute nicht, sie attackieren uns.

2012 erhielt Courage mit der Steuererklärung im Kleingedruckten die Info: das Finanzamt Wuppertal hat uns die Gemeinnützigkeit aberkannt! Begründung: Nennung von Courage im Verfassungsschutzbericht NRW als „Vorfeldorganisation der MLPD“.

Wir kämpften acht Jahre politisch und juristisch, Proteste vor dem Finanzamt und dem Düsseldorfer Landtag, 2017 öffentliches Tribunal auf dem Kölner Domplatz gegen den Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“.

Vor dem Oberverwaltungsgericht NRW in Münster gingen wir offener gegen die Bespitzung und Angriffe auf unsere Überparteilichkeit vor. In seinem Urteil vom 7.8.2018(AZ 5 A 1698/15) wurde der Verfassungsschutz verpflichtet Passagen über uns nicht mehr zu veröffentlichen sie dem zu verbreiten. Seitdem wurde Courage in keinem Verfassungsschutzbericht mehr genannt – außer in Bayern. 2020 urteilte das Finanzgericht Düsseldorf: der Entzug der Gemeinnützigkeit war rechtswidrig!

Heute:

Unsere Existenz auf dem Planeten ist durch Faschismus, Krieg und Umweltzerstörung in Gefahr. Frauen stehen dagegen, gegen Sexismus, patriarchale Strukturen, frauenfeindliche Politik auf. Da sind Überparteilichkeit und breite Bündnisarbeit wichtiger denn je. Wir klagen aktuell gegen den Verfassungsschutz Bayern, der uns unter „Linksextremisten“ als Frauenverband der MLPD aufführt. Das bayrische Innenministerium gibt einen Vorgeschmack, was mit CSU-Hardliner Dobrindt mit einem „echten Geheimdienst“ auf uns zukommt. In einem 42-seitigen Pamphlet denunzieren sie 22 Frauen, die in MLPD und Courage aktiv sind, inklusive ihrer „Vergehen“: sie reichen von der Kandidatur auf der Internationalistischen Liste/MLPD bis zu – ACHTUNG – selbstgebackenen Plätzchen, die

1 Das und folgende Zitate aus Streitschrift „Neue Perspektiven...“, S.278f

beim gemeinsamen Weihnachtsmarkt mit den Rotfüchsen angeboten wurden. Alles „Beweise“ für eine angebliche „personelle Verflechtung“. Für uns ist das Vorgehen ein Beweis der institutionalisierten besonderen Unterdrückung von Frauen! Bestechende Logik des Innenministeriums: *Wenn Courage nicht antikommunistisch ist, muss es ein kommunistischer Verband sein.* Der Bannstrahl des Antikommunismus! So sollen Bewegungen gespalten und der Kampf für gesellschaftliche Veränderungen unterdrückt werden. Courage ist weder kommunistisch noch extremistisch – aber dem Antikommunismus geben wir keine Chance!

Unsere Klage sehen wir als Teil dieses gemeinsamen Kampfs.